

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

Historisch-politische Bildung stärken

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Angesichts der politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungen und Herausforderungen auf Bundes-, Europa- und internationaler Ebene ist die Vermittlung der Kenntnis, Bedeutung und Entstehung demokratischer Werte im regulären Unterricht der allgemeinbildenden Schulen deutlich zu verstärken.

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, sich die von unterschiedlichen Interessenträgern (Landesschülerausschuss, Geschichtslehrerverband Berlin) vorgebrachten Forderungen zu eigen zu machen und den Umfang der historisch-politischen Bildung an Schulen auszuweiten:

- Das Fach Geschichte/Politische Bildung soll in den Klassen 7 und 8 aller Schulformen (Gymnasium und ISS) verbindlich mit zwei Stunden wöchentlich unterrichtet werden.
- Für die Schülerinnen und Schüler der Klassen 9 und 10 wird die bis 2006 übliche Praxis, das Fach Geschichte/Politische Bildung dreistündig zu lehren, wiederaufgenommen.
- Das Fach Geschichte soll als eigenständiges Fach auf fachwissenschaftlicher Grundlage von voll ausgebildeten Geschichtslehrerinnen und -lehrern unterrichtet werden.

Im Interesse der gesellschaftlichen Erfordernisse, zeitlichen Ressourcen, aber auch der Erholungsbedürfnisse von Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften sind die Bildungsinhalte kritisch zu hinterfragen und zu fokussieren. Dabei erfordert die Sicherung der Bildungsqualität einen neuen Fokus der Bildungsdebatte. Dabei muss zur notwendigen Erörterung moderner Methoden, die zum Beispiel das Lernen lehren, endlich die Verständigung auf einen unerlässlichen Kern an Inhalten von überzeitlichem Bildungswert treten.

Begründung

Weniger als die Hälfte der 15-Jährigen in Deutschland ist in digitalen Texten in der Lage, Fakten von Meinungen zu unterscheiden. Gut die Hälfte der Schülerinnen und Schüler gibt an, im Unterricht nicht zu lernen, subjektive oder voreingenommene Texte zu erkennen. Das haben jüngste Sonderauswertungen der PISA-Studien ergeben.

Die Defizite der Schülerinnen und Schüler bei Sprachverständnis und Lesekompetenz wirkt sich auf existenzielle Bereiche der Gesellschaft aus. Die Wirtschaft beklagt die fehlende Ausbildungsreife ihrer Auszubildenden, die sich gegenüber Kunden kaum verständlich machen können oder Schwierigkeiten beim Erfassen von Sachtexten haben.

In der Pandemie zeigt sich, wie wichtig die Kompetenz ist, Gerüchte, Verschwörungstheorien und persönliche Meinungen von Daten, Fakten und Kontexten unterscheiden zu können.

Die Entwicklung der extremistischen Straftaten zeigt die alarmierenden gesellschaftspolitischen Konsequenzen. Wer Fake-News nicht mehr von Fakten unterscheiden kann, ist Fehl- und Vorurteilen hilflos ausgeliefert.

Die Debatte um Privilegien von Geimpften lässt erhebliche Lücken bei elementaren Kenntnissen darüber erkennen, wie eine Demokratie funktioniert und welcher Stellenwert das Grundgesetz Bürger- und Menschenrechten beimisst.

Hier rächen sich Einsparungen beim Unterricht in gesellschaftlich-politischen Fächern, die demokratische Urteilskraft ausbilden sollen und helfen den Sinn gelesener Texte einzuordnen.

Vor diesem Hintergrund ist es bedauerlich, dass die Einführung des Faches Ethik zu Lasten und nicht ergänzend zum Stundenkontingent der gesellschaftlich-politischen Fächer erfolgt ist. Heute zeigt sich, wie notwendig die stärkere Verankerung historisch-politischer Bildung durch eine Erhöhung der Stundenanzahl der Fächer Geschichte und Politische Bildung in den Berliner Schulen ist.

Kein Bundesland unterrichtet weniger Stunden im Bereich Geschichte/Politische Bildung als Berlin. Die „Kontingentlösung“ hat sich nicht bewährt. Das Fach Geschichte ist marginalisiert. Die hohen Ansprüche, Selbstverpflichtungen, Bildungsversprechen und Ziele von Paragraph 1 des Berliner Schulgesetzes sind so nicht zu realisieren und Makulatur.

Sogenannte Integrationsfächer folgen der Sparlogik der Bildungsverwaltung aber nicht den Qualitätsanforderungen moderner Bildungstheorie.

Es reicht nicht mehr aus, auf die berechtigte Empörung über Angriffe auf die Verfassungsordnung der Bundesrepublik oder extremistische Gewalttaten wie den Mord an Samuel Paty oder den antisemitischen Anschlag von Halle nur mit plakativen, punktuellen Programmen zur politischen Bildung zu reagieren.

Die Demokratie als Lebensform braucht mehr Raum im Unterricht der allgemein- und berufsbildenden Schulen.

Schule und Ausbildung brauchen neue Prioritäten, statt immer neue Projekte und Placebos, damit Unterricht vermittelt, was wichtig ist.

Berlin, 11. Mai 2021

Czaja, Fresdorf
und die weiteren Mitglieder
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin